Programmrevision als Mittel zum Zweck?

Autor(en): **Biedermann, Traugott**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **56 (1977)**

Heft 10

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339373

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Traugott Biedermann

Programmrevision als Mittel zum Zweck?

68er rufen zur Remarxisierung der Sozialdemokratie

Schon ein Jahr, bevor sich das Jahr der Revolte zum zehntenmal jährt, versuchen rück- und ausblickende Analysen jenen jung- und neulinken Ausbruch soziologisch und politisch aus Distanz zu erfassen und seine Auswirkungen beispielsweise auf die sozialdemokratische Politik zu debattieren. Jürg Kaufmann hat auf seine Weise sowohl mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen von 1967 wie mit der weiteren Entwicklung der 68er-Bewegung abgerechnet, etwas sehr feuilletonistisch in seinem ersten Beitrag im «Profil», nüchterner in seiner Antwort auf Theo Pinkus und im «Volksrecht». Im Gegensatz zum PdA-Mitglied Pinkus möchte Kaufmann weniger von einer neuen Qualität sprechen, die mit dem Linksmarsch der bürgerlichen Jungakademiker in die Politik Einzug hielt. Ich bin der Meinung, dass in zweierlei Hinsicht von neuer Qualität gesprochen werden kann und dass über beiderlei Auswirkungen auch gesprochen werden *muss*.

Der Zuzug einer grossen Zahl junger, meist aus bürgerlichem Milieu stammender Akademiker ist nicht nur deshalb ein qualitatives Problem, weil nach einem gewissen Mass Quantität in Qualität umschlägt, sondern weil diese neuen Genossen zudem Denkweisen in unsere Bewegung einführten, die aus den Widersprüchen ihrer sozialen Herkunft, ihrer wissenschaftlichen Ausbildung und ihres gesellschaftlichen Protestes zu erklären sind, im massiven Aufprallen auf die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Mitgliedschaft jedoch zu einem eigentlichen Kulturzusammenstoss gediehen, vergleichbar etwa den Vorgängen in einer Gemeinde, die raschem, starkem Zuzug soziologisch anders gelagerter Bevölkerungsschichten ausgesetzt ist.

Phasen der Integration

Obwohl einiges getan wurde, die Bereitschaft der bisherigen Basis zur Integration der neuen, sich selbst stets als «links» bezeichnenden Genossen zu wecken, und diese Basis, etwas ungläubig verwundert über den Zustrom, auch von sich aus nicht nur abweisend reagierte, lief der Prozess der inneren Aufnahme nicht, jedenfalls nicht überall, ohne Friktionen und Ent-

täuschungen ab. Es trug auch nicht in jedem Fall zu einem guten Ablauf bei, dass die erste Phase der Integration gleich in die zweite eines zielstrebigen Vordringens und Überhandnehmens überging, ja von dieser nicht selten gar überholt und überlagert wurde. Man erinnert sich: In einzelnen Sektionen übernahmen die neuen, aktiven linken Minderheiten die Führung, indem sie – nicht immer auf sehr sozialistische Weise – die bisherigen Vertrauensleute ersetzten. Auch dies, und dies besonders, führte und führt noch heute zu Schwierigkeiten im Verschmelzungsprozess der alten und neuen Mitgliedschaft. Die Entmutigung zahlreicher Arbeitnehmer-Sozialdemokraten in den Sektionen und der (z. B. Zürcher) Kantonalpartei war die Folge. Es schien (und scheint), als ob sich nun die einst das Gros und die (linke) Mitte der SP ausmachenden Genossen ihrerseits um Integration in eine gewandelte Partei bemühen müssten.

Die sozialpsychologische Erklärung der Vorgänge ist zweifellos unzureichend; dennoch kann dieser Gesichtspunkt auch nicht einfach übergangen werden. Wie etwa in der leidigen «Überfremdungsfrage» darf sich die SP nicht um die Beweggründe des Fühlens, Denkens und Handelns der Arbeiterschaft hinwegdrücken. Und das Gefühl, bei vielen zur Erfahrung erhärtet, dass die neue Gruppe der ex-bourgeoisen SP-Akademiker auch in der Arbeiterbewegung nur gerade wieder nach herrschenden Positionen in Partei und in der Öffentlichkeit strebt und dabei, wie vom Bürgertum gewohnt, über die Basis der Arbeiter und Angestellten hinwegschreitet, ist schon zu allgemein verbreitet und hat schon zu sehr zur Resignation grosser Teile der Mitgliedschaft geführt, als dass darüber nicht sehr ernsthaft und deutlich diskutiert werden müsste.

Voraussetzung einer solchen Diskussion ist allerdings eine Bereitschaft zur Toleranz und zum Verständnis anderen Meinungen gegenüber, die sich nicht nur auf die noch aktiv gebliebenen «Alt»-Sozialdemokraten, sondern auch auf die bereits in die innere Emigration getriebenen Kreise erstrecken müsste. Dies wäre wohl zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Reaktivierung der ganzen Partei und zur Remobilisierung der einstigen Wählerschaft.

Dogmatische «Sozialismus-Diskussion»?

Nun tritt jedoch zu diesen mehr soziologisch und psychologisch bedingten Aspekten einer «neuen Qualität» eine weitere Dimension. Kamen die 68er zwar mit dem Drang zu «sozialistischerer» Politik, aber doch auf Grund der bestehenden Programmatik der SP zur Sozialdemokratie, so wird nun aus diesen Kreisen der Ruf nach einem neuen, einer marxistischen Analyse folgenden sozialistischen Parteiprogramm erhoben. Nicht genug, dass man entscheidende Positionen in der Partei einnimmt und ein gewichtiges Wort mitspricht – oft auch über die Massen der Mitglieder und Wähler hinweg –, greift man nun, da man sich dazu ausreichend in den Startlöchern wähnt, an die Grundlagen der Partei. Und hier handelt

es sich allerdings um höchst qualitative Fragen, die nicht mehr herunterstilisiert werden können.

Gewiss, der Versuch, über Sektionsanträge und Parteitage auch das Programm der SPS zu revidieren, ist an sich nicht nur legal, sondern auch legitim. Programme sind nie für die Ewigkeit geschrieben, auch das Winterthurer Programm der SPS von 1959 nicht. Wer allerdings weiss, wie jenes Programm als ein Kompromiss mit einem Minimum an Neuerungen und einem Maximum an sozialistischer Überlieferung zustande kam, muss beim Ruf nach «mehr Sozialismus», wie er nun – zum Beispiel im «Infrarot» – erhoben wird, hellhörig beziehungsweise hellwach werden. Wem dieses Programm zu wenig radikal ist, muss sich allenfalls fragen lassen, wohin er die SP denn ideologisch führen, was für eine Partei er aus der Sozialdemokratie denn eigentlich machen möchte.

Die Zielrichtung wird klar, wenn man die Ausführungen des Zürchers Beat *Bürcher* in der letzten Ausgabe des von den Jusos herausgegebenen «Infrarot» zur Kenntnis nimmt, denen zufolge nur eine marxistische Analyse, die er nicht nur für sich, sondern für die SP als «die einzig mögliche Methode zur Analyse» betrachtet, den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft ergründen und den Weg zu wahrhaft sozialistischer Politik weisen kann.

Voraussetzungen der Debatte

Während Jungsozialisten, die zumeist mitten in Parteiamt und -würden stehen, nach einer Standortbestimmung der SP-Linken rufen und sich fragen, ob die SP tatsächlich «ihre» Partei sei (Jürgmeier im «Infrarot»), geht Bürcher auf Grund des vom Montreux-Parteitag übernommenen Antrages der Sektion Vevey aufs programmatisch Ganze der Gesamtpartei. Das neue Programm soll «die Errichtung des Sozialismus in der Schweiz» und eine Strategie zum Inhalt haben, die den «Bruch der SPS mit dem Kapitalismus» fordert. Abgesehen davon, dass es für wirkliche Marxisten seltsam tönt, wenn da von der «Errichtung» des Sozialismus die Rede ist, setzt diese Zielgebung vor allem eine breite Diskussion über das voraus, was wir Sozialdemokraten denn nun unter «Sozialismus» beziehungsweise «Kapitalismus» verstehen. Und da muss man sich wohl dagegen verwahren, wenn diese Diskussion bereits mittels pseudomarxistischer Schlagworte vorweggenommen werden soll, auch verwahren dagegen, dass eine noch so aktive und noch so intelligente Minderheit der Partei Zielsetzungen aufpfropfen will, die weniger einen Bruch mit dem Kapitalismus als einen Bruch mit der eigenen sozialdemokratischen Geschichte und mit dem sozialistischen und demokratischen Selbstverständnis einer Partei zu tun hat, die mehr auf Greulich und Grimm denn auf Gramsci und Luxemburg baut, deren Schriften und Reden sicher lesenswert, aber keine dogmatischen Grundlagen unserer Politik sind. (Nichts gegen echte und andere marxistische Beiträge zur gesellschaftlichen Bestandesaufnahme – alles aber gegen

jeden Ausschliesslichkeits- und Alleinvertretungsanspruch einer ideologischen Richtung.)

Wenn wir nun also so etwas bekommen sollen, was Helmut Hubacher eine «Sozialismus-Diskussion» nennt, so gilt es – bei aller Offenheit gegenüber dem politischen Wert solcher Diskussionen –, wenigstens sozialdemokratische Spielregeln der Debatte zu wahren. Weil ein Teil der Partei in und nach Montreux die Zeit für besonders günstig erachtet, der SP nicht nur ein sozialistischeres Image, sondern auch gleich ein «sozialistischeres» Programm zu verpassen, möchten diese Parteigenossen den Erfolg ihres Bemühens zum vornherein absichern, indem sie den Inhalt der Diskussion und damit auch ihren Ausgang vorausbestimmen.

Die Intellektuellen sind nicht «gleicher» als andere

Hier muss nun ein vernehmliches Halt gerufen werden. Dieses letzte Gefecht, das die neue Minderheit der Partei liefern will, ist für sie selbst und für die Partei das entscheidende. Mag diese dritte Phase der Integration der 68er-Bewegung in die SP auch eine logische Folge der ersten beiden sein, so heisst dies nun nicht, dass die Partei ein drittes Mal die Segel streichen müsse, nachdem sie die Neue Linke (richtigerweise) aufgenommen und diese selbst massgebliche Positionen übernommen hat. Jetzt ist es (noch) Zeit, den Einfluss dieser Partei in der Partei auf ihre tatsächliche, in einer Demokratie entscheidende zahlenmässige Stärke zu begrenzen und damit die einzig wesentliche Voraussetzung einer wirklichen Integration wiederherzustellen: die Achtung vor dem gleichen Recht der andern, der «Bisherigen», der Arbeitnehmer und Gewerkschafter in der Partei, sich zu artikulieren, den Kurs mitzubestimmen, in Vorständen und Geschäftsleitungen vertreten zu sein, in Arbeitsgruppen mitzuwirken. Das gleiche Recht billigen wir der akademischen Minderheit zu, aber nicht mehr. Dies zu akzeptieren ist eine sozialpädagogische Forderung, die wir den Genossen von 1968 so lange unterbreiten müssen, bis sie, die das Wort Genossen so gerne und betont im Munde führen, sich auch tatsächlich als Genossen unter Genossen und nicht als die geborene und kraft höherer Bildung einzig mögliche Führungselite der Partei betrachten und aufführen.

Dann erst schlägt auch die neue Qualität der Vermischung von SP und 1968 in neue politische Qualität einer wesentlich gestärkten und im politischen Kampf um die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele wieder stärker und stärker werdenden Partei der Arbeitnehmer und des Volkes um. Dies müsste und dürfte der einzige Zweck einer Programmrevision sein, niemals aber die von einigen angesteuerte Festigung ihrer Position in der Partei über die Partei.